

Regierung vernichtet Apotheken

(Frankfurt, 11.11.2011 -hf-) Heute hat der Deutsche Bundestag grünes Licht für das umstrittene, so genannte Arzneimittel-Neuordnungsgesetz (AMNOG) gegeben. BVDA-Präsident Thomas Hieble bewertet das AMNOG als ein bürokratisches Moloch. Zudem geht Hieble davon aus, dass der Gesetzgeber billigend in Kauf nimmt, dass Tausende von Apotheken, durch eine unverhältnismäßige finanzielle Belastung, welche dieses Gesetz mit sich bringt, das Jahr 2011 nicht überleben werden. Die Apothekenleiterinnen und -leiter seien entsetzt und fühlten sich von der Regierung verraten und verkauft. Zwar erkenne der BVDA, die Notwendigkeit von Einsparungen zu Gunsten der Solidargemeinschaft. Es könne jedoch nicht sein, dass ein Berufsstand rund 15 Prozent seiner Einnahmen verlieren werde. So sehen viele Apotheken, dass die Deutsche Bundesregierung ganz offensichtlich eine bewußte Existenzvernichtungspolitik betreibt und bewußt auf eine flächendeckende Arzneimittelversorgung verzichtet. Es könne vermutet werden, dass Apotheken in diesem Land nicht mehr erwünscht sind.

Alleine der gesetzlich vorgeschriebene erhöhte Zwangsrabatt, den die Apotheken den Krankenkassen gewähren müßten, betrage für das Jahr 2011 rund 200 Millionen Euro. Hinzu kämen weitere, gesetzlich verordnete Maßnahmen, welche die Apotheken mit rund 1,5 Millionen Euro belaste. So dass das AMNOG die Kleinstunternehmen Apotheke über jedes Maß hinaus belaste. Der BVDA bewertet das AMNOG als **Apotheken-MiNimierungs-OrGanisation**.

„Die CDU/CSU und FDP-geführte Regierung hatte sich eine Systemverbesserung im Gesundheitswesen auf die Fahnen geschrieben. Nach einem Jahr Bastelarbeit sei ein Neuordnungsgesetz herausgekommen, das keinem Beteiligten helfe. Weder Krankenkassen, Ärzte und Apotheke sowie weitere Leistungserbringer blieben von überbordender und ineffizienter Bürokratie verschont. Zudem würden insbesondere kranke Menschen finanziell stark belastet. „Immer mehr Versicherungsbeiträge und kostenträchtige Selbstbeteiligung, für täglich über vier Millionen Kranke seien zwar ein Systemwechsel, jedoch keine Verbesserung. In den Ohren der Patienten müsse es wie Hohn klingen, wenn ein Regierungskoalitionär den heutigen Tag als „guten Tag für 80 Millionen Versicherte“ bewerte. Leider zeige sich einmal mehr, dass insbesondere der FDP der fade Beigeschmack, der Lobbypolitik anhafte.

Letztlich verweist Verbandspräsident Hieble auf das Gutachten des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Rat schlägt in seinem Jahresgutachten 2010/2011 vor, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent (Lebensmittel, Tierfutter, usw.) gänzlich abzuschaffen, um mit dem Mehraufkommen den Mehrwertsteuersatz von 19 auf 16,5 Prozent zu senken. Die Experten erhoffen sich davon „erhebliche Vereinfachungseffekte und gleichzeitig Effizienzgewinne“. Ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für Arzneimittel, den der Verband seit Jahren fordere, hätte die Krankenkassen bereits im vergangenen Jahr um knapp 600 Millionen Euro entlastet. Unsinnige, existenzvernichtende Spargesetze im Gesundheitssystem.